

Vierter Anlauf:**Spielräume für Humanität**

Solange sich keine Umwälzung der herrschen Ordnung ankündigt, lassen sich Fluchtursachen allenfalls abmildern. Wer sich damit nicht zufrieden geben will, wird seine Flaschenpost abschicken, Gegenöffentlichkeit organisieren oder praktisch versuchen, Spielräume für Humanität auszuloten. Die mörderische Mittelmeer-Route durch einen sicheren Korridor zu ersetzen, wäre fraglos richtig. Der schäbigen Diffamierung von Rettungsschiffen, zielend auf eine neue faschistoide Verrohung in Europa, ist entgegenzutreten. Das Grundgesetz kennt keine Obergrenze, es ist vor weiterer Aushöhlung zu bewahren. Zuwanderung im Hinblick auf die Folgen für den Arbeitsmarkt zu reflektieren, muss gleichwohl erlaubt sein. Wo die Bremer Sozialsenatorin laut Weser-Kurier bekundet, freie Stellen im Pflegebereich seien durch Alleinerziehende und Geflüchtete zu besetzen, spricht sie das Gesetz transnationaler (und geschlechtsbezogener) Lohndrückerei offen aus. Zwar ist es keine Alternative, die Ausgebildeten wieder in zerstörte Länder zurückzuschicken, wo sie keine Beschäftigung finden. Dennoch sind die Folgen eines Brain Drains aus dem Süden zu bedenken – gerade weil sie den Arbeitgeberverbänden egal sind. Die Schaffung von Einkommen vor Ort könnte dazu beitragen, dass Leute auf die Tragödie der Flucht verzichten können. Was jeweils angezeigt ist, kann in jedem Fall nur durch einen differenzierenden Blick gefunden werden, der die allzu begrenzten Möglichkeiten gegeneinander abwägt und damit unter Umständen Flecken auf der eigenen sauberen Weste riskiert. In den momentan geführten Debatten trumpt indessen eine inquisitorische Gesinnungsprüfung auf, deren moralische Reinheit sich aus der Unbestimmtheit ihrer Parolen speist.



Ex-Kanzler Schröder – Der neoliberale Umbau in Person.

Bildung statt Profit

Vom tendenziellen Fall der Profitrate zur Ökonomisierung der Schule

Karl-Heinz Pitz

■ Ein Thema, das nicht erst mit der Digitalisierung immer dringender wird: Da der Anteil des konstanten Kapitals (Rohstoffe, Technik) in Produktionsprozessen eine immer größere Rolle gegenüber der eingesetzten Arbeitskraft spielt, sinkt – wie Karl Marx, der in diesem Jahr ja gerade in aller Munde ist, tendenziell die Profitrate ständig. Daraus folgt, dass das Kapital ständig neue Felder suchen muss, die es nach seiner Logik »beackern« kann.

So wurde in den letzten Jahrzehnten der öffentliche Personenverkehr und die Post privatisiert, Krankenhäuser müssen seit einigen Jahren gewinnbringend arbeiten und wie sieht es mit den Schulen aus:

»Seit den 1980er Jahren ist die Politik in den westlichen Industriegesellschaften zunehmend von neoliberalen Ordnungsvorstellungen beeinflusst. (...) Ökonomisierungsprozesse werden heute in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen beobachtet. (...) Begriffe und Konzepte wie Qualitätsmanagement, kompetenzorientierte Bildungsstandards, Zielvereinbarungen, kennzahlenorientiertes Management und Effizienzsteigerung durch Evaluation und Wettbewerb prägen seit her nicht nur den bildungspolitischen Diskurs, sondern haben als Handlungsorientierung die schulische Praxis tiefgreifend verändert. (...) Ökonomische Denk- und

Handlungsweisen im Bildungssystem stellen in Deutschland das identitätsstiftende humanistische Bildungsideal in Frage, dem Bildung traditionell als Mittel der Selbstbefreiung, Mündigkeit und Selbstverwirklichung gilt.«

Nicht das vor 1970 in Deutschland alles besser gewesen wäre, sondern im drei gliedrigen System (Haupt-, Realschule und Gymnasium) von Halbtagschulen entstanden durch die erziehungs- und bildungspolitisch moderierte Arbeitsteilung zwischen Staat und Familie enorme Kostenvorteile. »Kern dieser Arbeitsteilung ist ein (...) auf wenige Stunden begrenzter Schulunterricht, in dem die Stoffvermittlung im Vordergrund steht und die wichtige Rolle von Hausaufgaben, die außerhalb der Schule geleistet werden müssen. Sozialstrukturell, sozialpolitisch und familienpolitisch setzt die Halbtagschule die teilzeit- oder nichterwerbstätige Hausfrau und Mutter voraus, die für die Verpflegung der Kinder sorgt und sich um die Hausaufgaben kümmert und ganz allgemein die Bildungskarrieren ihrer Kinder organisiert. Selbstverständlich ist diesem Modell auch ein Ehemann und Vater, der durch Ehegattensplitting begünstigt die Familie weitgehend mit seiner Erwerbsarbeit ernähren kann.« Dieses System sorgte gut dafür, dass »der Schuster bei seinem Leisten blieb«, daher die

Bezeichnung »konservativer Bildungsstaat« für die Bundesrepublik Deutschland. Aber im Gegensatz zur heutigen Zeit konnte damals ein Arbeiter mit seinem Lohn eine ganze Familie ernähren.

In den 70er Jahren hielt dann das Stichwort »Chancengleichheit«, insbesondere was die unterschiedlichen Bildungschancen von Frauen und Männern anging, Einzug in den bildungspolitischen Diskurs und veränderte das Schulwesen: Kinder aus Arbeiterfamilien bekamen verstärkten Zugang zu höheren Schulabschlüssen.

Diese Veränderung hatte zur Folge, dass immer mehr Frauen berufstätig waren, was ein Hauptanliegen der Emanzipationsbewegung war. Gleichzeitig eröffnete sich aber dadurch die Möglichkeit, das allgemeine Lohnniveau abzusenken. Es schlug die große Stunde des »Spezialdemokraten« Gerhard Schröder und seines Parteifreundes Peter Hartz. Denn ein Arbeiter musste ja nun nicht mehr seine ganze Familie mit seiner Lohnarbeit ernähren, da seine Frau ja auch dazu verdiente, bald auch verdienen musste. Die Gewerkschaften haben an dieser Stelle komplett geschlafen oder waren Sozialdemokraten – was irgendwie wohl das Gleiche ist, sonst hätte man ja zu diesem Zeitpunkt das Absenken des allgemeinen Lohnniveaus verhindern können. Das niedrige Lohnniveau in Deutschland hatte Auswirkungen auf alle anderen Länder Europas und hat mit zu der Krise in den südeuropäischen Ländern beigetragen.

Die Auswirkungen für die Organisation des Schulalltags

Wollte man die Kinder am Nachmittag nicht sich selbst überlassen, musste entweder die Oma ran, was aber bei dem zunehmenden Erodieren der Familienstrukturen nicht mehr möglich war, also entstand die Notwendigkeit der Ganztagschule. Aber dies kostet: »Bei einer angenommenen Ganztagsbetreuungsquote von 60 Prozent beträgt der zusätzliche Finanzbedarf in allen Ländern der Bundesrepublik knapp 3,8 Milliarden Euro«. Da dies aber in dem »konservativen Bildungsstaat« Deutschland politisch nicht

gewollt ist (Deutschland gibt nur 3,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für öffentliche Bildungseinrichtungen aus (Finnland dagegen 5,6 Prozent), hält der Effizienzgedanke Einzug in den bildungspolitischen Diskurs: Der Inhalt der Bildungsinstitutionen wird auf die Zurichtung der Konsumenten auf den Arbeitsmarkt reduziert.

Die Testeritis (u. a. PISA) hält Einzug in den Schulen. Unterricht wird nur noch in kleinen bewertbaren Einheiten vermittelt. Konkurrenz zwischen den Schulen und Wettbewerbe nehmen zu.

Verlagerung der Bildungsfinanzierung auf die privaten Haushalte. Nachhilfeinstitute schießen aus dem Boden (Marktvolumen 2010 mit steigender Tendenz: 1,5 Milliarden Euro). Es gibt immer mehr Privatschulen.

Eingangstests für die nächste Bildungsstufe z.B. für bestimmte Studiengänge werden zunehmend eingeführt. Schulen werden in Öffentlich-Privater Partnerschaft (ÖPP) errichtet und betrieben. Sponsoring von Schulprojekten durch private Unternehmen spielt eine wachsende Rolle. Das »Unternehmen Schule« wird von einem Schulleiter ökonomisch effektiv geführt (Stichwort: autonome Schule), der zunehmend von einem pädagogischen Leiter zu einem wirtschaftlich orientierten Manager mutiert. (In den Niederlanden, wo die Organisation des öffentlichen Schulwesens von privaten Unternehmen geleistet wird und nicht mehr von der staatlichen Verwaltung, sind an vielen Schulen die Schulleiter keine pädagogische ausgebildeten Lehrer mehr sondern wirtschaftlich vorgebildete Verwaltungskräfte.)

Der Arbeitsmarkt Schule verändert sich: Immer weniger gut ausgebildete pädagogische Lehrerinnen und Lehrer mit festen Stellen, dafür mehr Studenten, befristete und Teilzeitstellen, Quereinsteiger etc.

Die Folgen

Die Abschlussqualifikationen der Schülerinnen und Schüler werden schlechter. Um nur zwei Stichworte zu nennen: Es wird zunehmend darüber geklagt, dass Schulabsolventen weder ausbildungs- noch studierfähig

sind. Gewalttätige Aggressionen und psychischen Erkrankungen steigen nicht nur bei Schülerinnen und Schüler sondern gesamtgesellschaftlich stark an. Die ökologische Katastrophe rückt gerade hier in Norddeutschland immer näher.

Müssen wir als Bildungsgewerkschaft dieser Entwicklung schweigend zusehen?

Wenn die GEW in der Gesellschaft und insbesondere bei allen in Bildungseinrichtungen Beschäftigten ernst genommen werden will als eine Organisation, die nicht nur die Interessen der Beschäftigten vertritt sondern auch die der Schülerinnen und Schüler und der Studentinnen und Studenten, dann sollte sie sich tunlichst eine Strategie überlegen, die über die reine Verbesserung und Absicherung der ökonomischen Beschäftigungsverhältnisse der Angestellten in Bildungseinrichtungen hinausgeht.

Es ist die Zeit gekommen dem rein ökonomischen Denken eine idealistische Bewegung entgegen zu setzen und eine neue reformpädagogische Debatte loszutreten und dafür zu kämpfen, dass sich öffentliche Schulen auf den Weg machen können, pädagogische Konzepte auszuprobieren, die wieder den einzelnen Schüler, die einzelne Schülerin in den Mittelpunkt der Bemühungen stellen und dafür die personellen und materiellen Ressourcen bedingungslos zur Verfügung gestellt bekommen. Das könnte beispielsweise bedeuten, auf die Herausforderung der Digitalisierung für die Schulen nicht mit dem vermehrten Einsatz von Mobiltelefonen und Tablets zu antworten sondern mit einer Stärkung von Fächern wie Kunst, Musik, Theater und Sport. Wenn eine Schule sich auf ihre Fahnen schreibt, einen Beitrag dazu zu leisten, dass jeder Mensch für sich einen Weg zu einem friedlichen, umweltverträglichen und sinn erfüllten Leben findet, dann sollte der kulturelle Umgang miteinander, das Wahr- und Ernstnehmen der eigenen Gefühle und die der anderen im Mittelpunkt stehen und nicht ausschließlich die Ausrichtung auf ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis.